

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Der Bundesrat übt sich in Servilität und gefährdet unsere Unabhängigkeit. Christoph Mörgeli geht der Frage nach, woran sich die schweizerische Aussenpolitik orientieren muss.

Seite 4



In der Schweiz kommt den Vereinen eine wichtige gesellschaftliche Rolle zu. Judith Uebersax warnt vor einem Handstreich der Bürokratie gegen unser Vereinsleben.

Seite 8



Divisionär Markus Gygax erklärt im aktuellen «Klartext»-Interview die Aufgaben und die Bedeutung der Luftwaffe.

Seite 14

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 2/2008

Die EU droht, die Schweiz gibt nach

Eine Übersicht

S. 5

Aktuelles aus dem Kanton St. Gallen

Stefan Kölliker

S. 9

Islamische Druckmanöver

Patrick Freudiger

S. 10

Das VBS, Handlanger der USA in der Terrorismusbekämpfung

Prof. Dr. Albert A. Stahel

S. 11

Unternehmenssteuerreform nützt auch der Landwirtschaft

Nationalrat

Hansjörg Walter

S. 13

Nein zur Initiative Weber und zur Abschaffung der Luftwaffe

Susanne Huber

S. 15

Reklame

Win-win
statt Blabla.

zt Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmännstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch

Für Souveränität und Sicherheit

Die EU will die Schweiz erpressen. Der Bundesrat will nachgeben. Jetzt geht es darum, Demokratie und Unabhängigkeit der Schweiz zu verteidigen. Linke und Träumer wollen unsere Luftwaffe in die Hangars verbannen. Jetzt geht es darum, für unsere Sicherheit einzustehen. Volk und Volkspartei müssen gefährliche Fehlentwicklungen stoppen. Auf dem Spiel stehen Souveränität und Sicherheit.

Luftwaffe abschaffen?

Anti-Luftwaffen-Initiative

NEIN





Shop

..... Expl.	Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr.	25.–
..... Expl.	Seidenfoulard Stilvoll und diskret für die Partei werben!	Fr.	79.–
..... Expl.	Pin	Fr.	7.–
..... Expl.	Post-it Block à 50 Blatt	Fr.	2.–
..... Expl.	Offiziersmesser Original-Victorinox	Fr.	20.–
..... Expl.	Kleber Bogen à 27 Kleber	Fr.	5.–
..... Expl.	Jass <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> Deutschschweizer	Fr.	3.–
..... Expl.	Ballone Sack à 50 Stück	Fr.	33.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr.	2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12 x / Jahr

Chefredaktor: Markus Zollinger

Inserate: Markus Zollinger

Adresse:

Generalsekretariat SVP
 Postfach 8252, 3001 Bern
 Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
 E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
 (Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

zprint / Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
 Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

per E-Mail an klartext@svp.ch

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.



STIFTUNG
 FÜR BÜRGERLICHE
 POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz

Kapitulationsstimmung in Bundesbern



Steuerstreit ist ein unglücklicher Ausdruck, braucht es doch zum Streiten bekanntlich zwei. Wir aber fordern nichts, verlangen nichts. Ausser: als Kleinstaat in Frieden und Freiheit uns selbst verwalten, uns selbst organisieren zu können. Die EU-Diplomatie dagegen hat Angriffsstellungen bezogen. Erpressung, Einmischung, Übergriff, das würde die Sachlage treffender umschreiben.

Was will die EU? Sie verlangt, dass die kantonalen Steuerordnungen ihren Wünschen gemäss angepasst werden. Wir sollen also die in freiem Entscheid auf demokratischer Grundlage ergangenen Gesetze auf Geheiss der EU hin aufheben. Für einen souveränen Staat sind solche Forderungen nicht akzeptabel.

Was bezweckt die EU damit? Die EU setzt auf Gleichschaltung und Zentralismus. In allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Auch bei den Steuern. Die Folge: steigende Steuerlast in der EU. Deshalb suchen sich innovative und erfolgreiche Unternehmen attraktivere

Standorte. Zum Beispiel in der Schweiz. So spielt der Wettbewerb der Systeme. Da gerät die EU in Rücklage. Und sie weiss um ihre Reformunfähigkeit und ihren wirtschaftsfeindlichen Bürokratismus. Darum will sie die Schweiz als erfolgreichen Standortkonkurrenten ausschalten: Bei uns sollen die gleich schlechten Bedingungen herrschen wie in der EU.

Statt auf Wettbewerb setzt die EU auf Grösse und Macht. Zampanos-Possen und Kraftmeierei aber dürfen uns nicht einschüchtern. Die Schweiz war als Kleinstaat schon immer von Grossmächten umgeben. Über 700 Jahre lang haben wir damit umgehen können.

Denn im Unterschied zu heute traten wir damals für unsere Interessen ein. Freiheit und Unabhängigkeit waren unverhandelbar. Sie zu verteidigen haben die Generationen vor uns wenn nötig einen Fahneid geleistet. Demgegenüber schwören Bundesräte und Chefunterhändler heute nur noch auf die weisse Fahne. Es

herrscht Kapitulationsstimmung in Bundesbern. Und das weckt Übergriffsgelüste.

Wie weiter? Die Schweiz muss der EU als selbstbewusster Verhandlungspartner gegenüberreten. Jetzt, da der EU derart viel an der Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien liegt, müssen wir den Preis nennen. Und dieser lautet: schriftliche Anerkennung unserer Unabhängigkeit – inklusive Steuersouveränität – durch Brüssel. Denn wer nicht bereit ist, unsere Eigenstaatlichkeit zu respektieren, darf von uns keinerlei Entgegenkommen erwarten.

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noselight.ch, www.noselight.ch

Nationalrat Christoph Mörgeli, ZH

Interessenpolitik als Richtschnur unserer Aussenpolitik

Was bedeuten bilaterale Verhandlungen? Die EU interpretiert sie als Befehlsausgaberapport. Und die offizielle Schweiz versteht darunter eine Wohltätigkeitsveranstaltung. Weder das Eine noch das Andere trifft zu. Es geht um eine Ausmarchung. Es geht um «do ut des», um **Geben und Nehmen** zwischen zwei Verhandlungspartnern. Und es geht um die Vertretung der eigenen Interessen.

Eigentlich ist das klar und bedürfte keiner genaueren Erläuterung. Im Privatleben handelt jeder so: Wenn unsere weitgereisten und weitreisenden Bundesräte – ich denke etwa an Herrn Couchepin auf seiner kürzlichen Marokkoreise oder an Frau Calmy-Rey auf ihrer Afrikafahrt im letzten Sommer – sich auf einem Basar ein hübsches Souvenir erstehen wollen, gehen sie nicht auf die erste, dreiste Forderung des Basari ein; hartes, lautes, langes Feilschen ist selbstverständlich – zumindest dann, wenn sich der erworbene Gegenstand nicht auf die Spesenrechnung setzen lässt.

Aussenpolitik ist Interessenpolitik

In der Diplomatie ist das nicht anders. **Aussenpolitik ist Interessenpolitik.** Wer nicht seine eigenen Interessen vertritt, stellt sich automatisch in den Dienst fremder Interessen. Und das ist entweder Dummheit oder Verrat.

Das müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir uns gegenüber der EU positionieren. **Die Interessen unseres Landes sollen die Richtschnur schweizerischer Aussenpolitik sein.** Auf eine eingängige Formel gebracht heisst das: den Fortbestand unserer freiheitlichen, souveränen, direktdemokratischen



und florierenden Schweiz sichern. Allein daran haben wir uns zu orientieren.

Betrachten wir das derzeitige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU, ist seitens der EU eine klare und konsequente Interessenpolitik auszumachen, wenn auch kaschiert durch einen Schwall blumiger Worte. In der Schweiz dagegen sind die blumigen Worte offizielles Programm. Folglich schlittern Bundesrat, Classe politique und Diplomatie kopf- und konzeptlos einem Desaster entgegen. Die EU verlangt in drohendem Ton, gewisse Regelungen kantonaler Steuerregimes aufzuheben. Dabei versteigt sie sich zu einer absurden Neuinterpretation des Freihandelsvertrags aus dem Jahr 1972. Das ist juristischer Unfug, trotzdem – oder gerade deswegen – aber hochgefährlich.

Stellen wir klar, was das bedeutet: Steuerfragen sind von besonderer Brisanz. **Wenn es um Steuern geht, tritt der Staat dem Bürger mit hoheitlicher Gewalt gegenüber, greift auf dessen Privateigentum.** Art und Intensität des Eingriffs sind deshalb ein Gradmesser für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und respektierter Privatautonomie. Die Steuerpflicht

ist deshalb in der Schweiz mit dem Recht verknüpft, frei über die Steuerordnung zu befinden. Darin liegt ein **wirtschaftliches Erfolgsrezept** unseres Landes. Das sei auch gewissen Vertretern der Wirtschaft in Erinnerung gerufen, die für eine hochproblematische Ostzuwanderung unsere freiheitliche Ordnung zur Disposition stellen wollen.

Angriff auf unsere Souveränität

Wenn nun die EU mit der Forderung an uns herantritt, die Steuerregimes nach ihren Vorstellungen zu gestalten, ist das nicht nur ein Angriff auf unsere Standortattraktivität, sondern ein direkter Angriff auf demokratisch erlassene Gesetze, unsere freiheitliche Ordnung und unsere Eigenstaatlichkeit.

Aus heiterem Himmel kommen die Anmassungen der EU-Diplomaten freilich nicht. Vielmehr sind sie das Resultat einer **mutlosen Haltung der Schweiz.** Das innenpolitische Klima der Schweiz, durch Willenlosigkeit und Willfährigkeit geprägt, hat längst auf die aussenpolitische Interessenwahrung durchgeschlagen. Rot-Grün, Etikettenbürgerliche, linke Medien und linke Intellektuelle diffamieren, wer sich für unsere Schweiz einsetzt. Nachdem Christoph Blocher im Albisgüetli die aussenpolitische Lage erläutert und dafür plädiert hat, unsere Interessen zu verteidigen, war man sich in der Regierungsbündnis von Hans-Jürg Fehr über Christophe Darbellay bis zu den Bundesräten Merz und Couchepin in der Reaktion einig: Es sei ungehörig und pervers, für sich selbst zu schauen. Damit mache man die Steuerfrage verhandelbar – dabei ist jedermann klar, dass es bei der Garantie der Schweizer Steuer-

autonomie keineswegs um Verhandlungen, sondern um eine Erklärung der EU geht. Ich bin mir sicher: Spielten diese Politiker Schach, sie würden sich selbst schachmatt setzen – am liebsten noch vor der Partie.

Mit unserem kampflosen Nachgeben jedoch wecken wir nur immer neue Begehrlichkeiten. Wenn wir die Schwächspirale durchbrechen wollen, müssen wir den Forderungen der EU mit Entschiedenheit und Entschlossenheit entgegentreten.

Ausgangslage nutzen!

Nehmen wir eine Auslegeordnung vor, stellen wir fest, dass sich die Schweiz insgesamt in einer guten Position befindet. Folgende Dossiers werden verhandelt:

- **Erweiterung der Personenfreizügigkeit** für Rumänien und Bulgarien. Die Schweiz wird davon nicht profitieren. Welche Spezialisten und Fachleute bieten diese Länder, die wir in der Schweiz sonst nicht rekrutieren könnten? Weshalb sollte es nicht ausreichen, Rumänen und Bulgaren selektiv durch Erteilung von Bewilligungen zum Schweizer Arbeitsmarkt zuzulassen? Weshalb muss die Schweiz allen Bürgern dieser Länder unbeschränkt Zugang zu ihrem Arbeitsmarkt gewähren? Und weshalb sollten die Auswirkungen der Zuwanderung rumänischer Roma in der Schweiz anders ausfallen als in Italien?
- **Kohäsionszahlungen** an ebendiese Länder. Welchen Nutzen soll die Schweiz daraus ziehen, drei- oder vierhundert Millionen Franken in den Balkan zu transferieren?

Mit der Drohung, die EU werde beim Nichteinbezug von Rumänien und Bulgarien in die Personenfreizügigkeit sämtliche bilateralen Verträge platzen lassen, wird fast ausschliesslich in der Schweiz hantiert. Sie soll die Bürgerinnen und Bürger einschüchtern und lässt unerwähnt, wie sehr die EU von den bisher abgeschlossenen Verträgen profitiert. Als Beispiel sei an das Landverkehrsabkommen erinnert, welches insbesondere für Italien, Deutschland und Österreich von grosser Bedeutung ist.

Umgekehrt sind **diese Verhandlungspunkte für die EU wichtig**. Ähnlich verhält es sich mit weiteren, immer wieder genannten Bereichen, wie etwa Agrarfreihandel, öffent-

licher Gesundheit, Satellitennavigationssystem Galileo oder Abschluss eines Rahmenabkommens. Allesamt sind sie ebenso Anliegen der EU. Mit Ausnahme vielleicht des Letzteren, das auch von Diplomatenkreisen im EDA als Vehikel zu ihrer Machterweiterung freudig begrüsst wird.

Dieser Ausgangslage entsprechend müssen wir uns aufstellen:

- Dort, wo die EU als Bittsteller anklopft, müssen wir den Preis nennen. Das bedeutet: Erstens verlangen wir für das Personenfreizügigkeitsabkommen mit Rumänien und Bulgarien eine verlängerte Kontingentsfrist von zusätzlich fünf Jahren, also insgesamt 12 Jahre Kontingentierung.

Zweitens ist mit Rumänien und Bulgarien eine effiziente Rückübernahmeregelung für kriminelle oder illegal anwesende Staatsbürger zu vereinbaren, welche die Kosten der Rückführung den Heimatstaaten der Betroffenen auferlegt. Die Zustände in Italien zeigen, dass dies eine dringende Notwendigkeit ist. Drittens ist eine weitere Einschränkung unseres Arbeitsmarktes durch so genannte flankierende Massnahmen nicht hinnehmbar, dienen sie doch nur der Stärkung von Gewerkschaftsfunktionären und schaden der Wirtschaft. Viertens stellen wir eine grundsätzliche Vorbedingung: Keine Verhandlungen über die Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien ohne schriftli-

che Erklärung, dass Brüssel unsere Souveränität – inklusive Steuersouveränität – respektiert und nicht weiter attackiert.

- Da den EDA-Diplomaten und der Mitte-links-Koalition im Bundesrat nicht zu trauen ist, muss der Schutz unserer Souveränität vollumfänglich dem Volk übertragen werden. Und dies ist nur durch ein Staatsvertragsreferendum gewährleistet. Die Volksrechte sind durch eine entsprechende Verfassungsänderung zu stärken.

Nur so können wir erreichen, dass die Schweiz ihre eigenen Interessen vertritt und nicht jene der EU – das ist die Classe politique dem Volk schuldig!

Kuschen, Kriechen, Zahlen – oder: Die Trauergeschichte der jüngsten Schweizer Aussenpolitik

Die jüngsten Angriffe der EU auf die Souveränität der Schweiz sind keine einmalige Entgleisung der Brüsseler Diplomatie. Vielmehr sind sie die logische Folge und Fortsetzung unserer Aussenpolitik der letzten Jahre. Wird die Eskalation in einem grösseren Zusammenhang gesehen, stellt man fest, dass sie ebenso sehr auf die mutlose Haltung der offiziellen Schweiz wie auf das mangelnde Demokratieverständnis der EU zurückzuführen ist.

Die folgende Chronologie gibt Aufschluss über die Zeit, da Unterwürfigkeit, Selbstverachtung und internationalistische Verblendung zu den prägenden Merkmalen unserer Aussenpolitik geworden sind.

1995–2000

International orchestrierte Kampagne gegen die Schweiz. Ihr angebliches Fehlverhalten während des Zweiten Weltkriegs soll Milliardenforderungen rechtfertigen. In den Medien des In- und Auslandes werden historische Fakten massiv verzerrt, die Aktivdienstgeneration übel verunglimpft. **Bundesrat Villiger knickt schon 1995 ein;** mit seiner Äusserung, die Schweiz habe mit ihrer Politik während des Krieges Schuld auf sich geladen, signalisiert er gleich zu Beginn der Kampagne Kapitulationsbereitschaft. Die Reaktionen der offiziellen Schweiz blei-

ben auch in der Folge uneinheitlich, unüberlegt, unterwürfig.

Januar 1997

Rücktritt von Botschafter Jagmetti. Ein vertrauliches Schreiben des Schweizer Botschafters in den Vereinigten Staaten an den Bundesrat wird den Medien zugespielt. Darin wird im Rahmen einer Lageanalyse das Wort «Krieg» verwendet. In der darauf folgenden Medienhetze gegen den Diplomaten versagt der Bundesrat diesem jegliche Rückendeckung. Ein weiteres Beispiel für die Kraft- und Mutlosigkeit der offiziellen Schweiz.

5. März 1997

Bundesrat Koller hält vor der Bundesversammlung eine Rede über die Politik der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges. Er verspricht dabei eine **Solidaritätsstiftung, dotiert mit 7 Milliarden CHF aus dem**

Verkauf der Goldreserven der Nationalbank. Damit bietet der Bundesrat den Erpressern Tributzahlungen an.

Januar 1998

Bundesrat Leuenberger und EU-Kommissar Kinnock erzielen bei den **Verkehrsverhandlungen** einen «Durchbruch». Leuenberger erklärt dazu, dass «die Schweiz verkehrspolitisch zwar einen hohen Preis bezahlen müsse, dass aber europapolitisch von einem grossen Erfolg gesprochen werden könne». Die Aussage heisst auch: Unser Ziel ist der EU-Beitritt, wir sind zu jeder Konzession bereit. Dieser «Durchbruch» erweist sich deshalb nur als Auftakt neuer Pressionen.

13. August 1998

Schweizer **Banken zahlen 1,25 Milliarden US-Dollar** an Sammelkläger und jüdische Organisationen.

März 1999

Landverkehrsabkommen Schweiz–EU. Umstritten sind die **Transitfahrtpreise**. Die Schweiz fordert anfänglich CHF 600.–, lässt sich dann von der EU auf CHF 325.– drücken. Die 28-Tonnen-Limite wird auf 40 Tonnen angehoben. Die Schweiz bestätigt die Verpflichtung zum Bau der Neat. Diese ging sie im Transitvertrag 1992 mit der EG ein u.a. gerade gegen die Zusage, an der 28-Tonnen-Limite festhalten zu können.

21. Mai 2000

Ja zu den Bilateralen I.

29. Mai 2000

Aussenpolitische Rede von Bundesrat Deiss in der Aula der Universität Zürich – dies nur wenige Tage nach der Abstimmung über die Bilateralen I. Schwerpunkte des Referats bilden der Uno-Beitritt, der Schweizer Beitrag zu Frieden und Entwicklung sowie der Beitritt zur EU. **Bundesrat Deiss betont, dass der EU-Beitritt Ziel des Bundesrats sei.** Während des Abstimmungskampfes hatten die Befürworter noch argumentiert,

die Bilateralen I seien notwendig, um der EU nicht beitreten zu müssen.

November 2000

Neuer Aussenpolitischer Bericht des Bundesrates. Der Bundesrat verabschiedet den «Aussenpolitischen Bericht 2000 – Präsenz und Kooperation: Interessenwahrung in einer zusammenwachsenden Welt», der den «Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren» vom 29. November 1993 ablöst. Darin stellt der Bundesrat dar, wie er die schweizerische Aussenpolitik im vergangenen Jahrzehnt gestaltet hat und welche Ziele und Schwerpunkte er für die nächsten zehn Jahre setzen will. Bekräftigt wird dabei die Absicht zur verstärkten Öffnung der Schweiz und zur Intensivierung der internationalen Kooperation. **Der Beitritt zur Uno wird für die laufende Legislatur angestrebt. Auch der Beitritt zur EU ist ein Ziel des Bundesrates.**

**Unverändert aktuelle SVP-Warnung:
EU tritt Souveränität und Demokratie mit Füssen.**



Linke und andere heimatmüde Parteien wollen unser Land in die EU führen und damit

- die Neutralität preisgeben
- die Unabhängigkeit opfern
- die Volksrechte verschachern

Wer das nicht will, wählt SVP!

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Die Partei des Mittelstandes SVP des Kantons Zürich

4. März 2001

EU-Beitritts-Initiative wird in der Volksabstimmung abgelehnt.

10. Juni 2001

Militärgesetzrevisionen werden in der Volksabstimmung angenommen.

Juli 2001

Beginn der Verhandlungen über die Bilateralen II. Während des Verhandlungsverlaufs drohen die Finanzminister der EU der Schweiz immer wieder mit Sanktionen.

3. März 2002

Der UNO-Beitritt wird in der Volksabstimmung angenommen.

Frühjahr 2002

Bundesrat Deiss ruft **Botschafter Borer** nach einer Kampagne der Ringier-Presse nach Bern zurück, worauf dieser **demissioniert**. Die Vorwürfe erweisen sich später als

haltlos. Erneut lässt der Bundesrat einen Spitzendiplomaten unter Mediendruck fallen – und zeigt so vor internationalem Publikum seine gravierende Führungsschwäche.

22. September 2002

Die Solidaritätsstiftung wird verworfen.

24. April 2003

Frau Bundesrätin Calmy-Rey meint anlässlich ihrer Pressekonferenz nach 100 Tagen im Amt: «Indem wir die bilateralen Beziehungen zur Europäischen Union und allen jetzigen und künftigen Mitgliedstaaten intensiveren, können wir **den Boden für den EU-Beitritt bereiten.**»

Juni 2003

Das für die EU wichtigste Dossier, die Zinsbesteuerung, wird zuerst abgeschlossen (womit die Schweizer Diplomatie sich den Prioritäten Brüssels unterordnet und einen Hebel für die restlichen Dossiers vergibt). Mit dem **Abkommen zur Zinsbesteuerung** sagt die Schweiz der EU die Unterstützung bei der Besteuerung der auf ihrem Gebiet ansässigen natürlichen Personen zu. Das heisst: die Schweiz zieht für die EU Steuern ein.

10. Juli 2003

Deutschland setzt einseitig verfügte Massnahmen betreffend die Luftfahrt in Kraft, welche den Flughafen Zürich-Kloten diskriminieren und in der Schweiz Hunderttausende Lärmimmissionen aussetzen.

September 2003

Deutschland beginnt, Schweizer Banken zu benachteiligen: diese dürfen nicht länger von der Schweiz aus Bankkunden in Deutschland anwerben.

Februar/März 2004

Die EU verschärft die Grenzkontrollen an der schweizerisch-deutschen Grenze und verursacht Verkehrsstaus und Wartezeiten. Die Massnahmen koinzidieren mit der Auseinandersetzung darüber, ob das bereits ausgehandelte Zinsbesteuerungsabkommen nun – wie von der EU plötzlich verlangt – im Rahmen eines bilateralen Gesamtpaketes unterzeichnet werden könne. Gleichzeitig erklärt der damalige deutsche Finanzminister Eichel, es solle «auf allen Ebenen deutlich gemacht»

werden, dass man gegenüber der Schweiz eine harte Linie vertrete.

März 2004

Weitere Pressionsdrohung: Die EU lässt verlauten, sie plane Massnahmen, nach denen ihre Zollbehörden künftig im Voraus über anrollende **Warentransporte** informiert werden müssen.

März 2004

Gerüchte zirkulieren, wonach die **Restriktionen gegen Schweizer Banken** auf die ganze EU ausgeweitet werden sollen.

März–Mai 2004

Die EU baut die Drohkulisse während der Dauer der Verhandlungen über die bilateralen Verträge II fortwährend aus. EU-Ursprungsware, die zu Verteil-, Verpackungs- oder Kontrollzwecken in die Schweiz eingeführt und ohne weitere Verarbeitung wieder in den EU-Raum exportiert wird (Re-Importe in die EU), bleiben seit dem Freihandelsabkommen von 1972 zollfrei. Kurzfristig gibt die EU die **Einführung einer Zollbelastung** zuerst auf den 1. März, dann auf den 1. Juni 2004 bekannt. Die Schweiz steht unter grossem Druck, sind doch ganze Branchen existenziell bedroht. Schliesslich sieht die EU von der Umsetzung ab; die Konzessionen, welche die Schweiz im Gegenzug macht, bleiben ungenannt – lassen sich aber leicht errahnen:

Noch während der Verhandlungen über die Bilateralen II wird die Schweiz nicht nur zu Konzessionen in den Vertragsgebieten gebracht, sondern zusätzlich zu massiven **Geldversprechungen**. «So musste der Bundesrat während der Bilateralen II pekuniär nachhelfen, um den Handschlag mit Brüssel zu erreichen. Er stellte auf mehr oder weniger sanften Druck der EU für die zehn neuen EU-Länder Kohäsionshilfen von total einer Milliarde Franken ... in Aussicht.» Aussenministerin Calmy-Rey verspricht EU-Kommissar Patten noch während der Verhandlungen eine Milliarde Schweizer Franken. Der Betrag ist die oberste Grenze dessen, was die interne Arbeitsgruppe des Bundesrates empfohlen hat, und der doppelte Betrag dessen, was bei Anwendung EU-interner Kriterien resultiert hätte. Eine Demutsgeste!

Der verantwortliche Schweizer Handelsdiplomate, der die Verhandlungen über die Re-Export-Frage mit der EU führt (und öffentlich für den EU-Beitritt der Schweiz eintritt), würde gerne die Idee einer Zollunion prüfen. Die Schweiz könnte dann Handelsbeziehungen mit Drittstaaten nicht länger selbstständig regeln.

Oktober 2004

Das **Zinsbesteuerungsabkommen** wird unterzeichnet. Es verpflichtet die Schweiz, einen Steuerrückbehalt auf allen Zinserträgen mit ausländischer Quelle zu erheben, die an natürliche Personen mit steuerlichem Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat ausgerichtet werden.

Oktober 2004

In seiner Botschaft schreibt der Bundesrat, es sei für die Bilateralen II deshalb zu einem Vertragsabschluss gekommen, weil die Schweiz – unter anderem – «realistische materielle Forderungen» gestellt hätte und weil sie der EU in der Frage der Zinsbesteuerung entgegengekommen sei.

Das ist eine diplomatische Umschreibung für die weitgehenden Konzessionen: vordergründig wird mit den Bilateralen II die Rettung des **Bankkundengeheimnisses** gefeiert. In Tat und Wahrheit wurde dieses stark **aufgeweicht**. Bei indirekten Abgaben etwa genügt der Verdacht auf Hinterziehung, damit die Behörden von EU-Staaten Zugriff auf geschützte Bankunterlagen erhalten. Der **Grundsatz der doppelten Strafbarkeit wird erstmals durchbrochen**; noch im Frühjahr hatte sich die Schweiz gegen eine derartige Bestimmung gewehrt. In einem Expertengutachten wird der Bundesrat gewarnt, die neuen Vertragsbestimmungen stellten die bisherige Politik der Schweiz gänzlich in Frage.

Die EU schraubt ihre Forderungen für die Bilateralen II immer weiter hoch: sie verlangt, dass die Schweiz in den neuen Vertragsgebieten (so etwa im Bereich der Regelungen von Schengen/Dublin) **automatisch neu geschaffenen Rechtsbestand der Union übernehme**. Dazu gehört auch die sich fortentwickelnde Sprechpraxis des Europäischen Gerichtshofes. Ein Staat aber, der sich

zur automatischen Übernahme fremder Rechtsentwicklungen verpflichtet, gibt einen wesentlichen Teil seiner Souveränität preis.

5. Juni 2005

Ja zur Schengen/Dublin.

Juni 2005

EU-Aussenkommissarin Benita **Ferrero-Waldner setzt die Schweiz unmittelbar nach der Volksabstimmung unter Druck**: ein Schengen-Beitritt der Schweiz sei nur möglich, wenn die Schweiz der Personenfreizügigkeit mit allen 25 EU-Staaten zustimme. Ob Ferrero-Waldner nur öffentlich kundtut, was den Vertragspartnern ohnehin klar ist (und dem Volk aus abstimmungstaktischen Gründen verschwiegen wurde), oder ob sich der Bundesrat ausspielen liess, bleibt unklar – Tatsache ist: das Schweizer Stimmvolk wurde vorgeführt.

10. Juli 2005

Der englische Botschafter in der Schweiz, Simon Mark Featherstone, gewährt dem «SonntagsBlick» ein Interview. Darin droht er, die EU würde ein Nein des Schweizervolks zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Osteuropa in der Volksabstimmung am 25. September 2005 nicht akzeptieren.

25. September 2005

Ja zur Ausweitung der Personenfreizügigkeit.

Oktober 2005

SP-Nationalrätin Leutenegger Oberholzer spricht sich gegen die Schweizer Steuerpraktiken aus. Internationaler Druck sei der einzige Hebel, erklärt sie. Und weiter: «Der Druck auf die Schweiz wird zunehmen und ich werde dabei mithelfen.»

Dezember 2005

Ein Abgesandter der SP Schweiz reist mit einem Diskussionspapier über Steuerkonkurrenz nach Brüssel; er präsentiert dieses dem Dachverband der europäischen Linksparteien.

Frühjahr 2006

Gemäss Schengen-Vertrag ist die Nacheile nur erlaubt, wenn das Delikt in beiden Staaten strafbar ist (Prinzip der doppelten Strafbarkeit).

Schengenrecht ist evolutiv; die Schweiz hat neues EU-Recht zu übernehmen. Die EU plant einen solchen Evolutionsschritt: **Nacheile und Observation müssten nur noch den Regeln des ersuchenden Staates genügen**. In concreto heisst das: In der Schweiz sollen ausländische Polizeikräfte operieren können aufgrund von Tatbeständen, die in der Schweiz nicht strafbar sind. Beispielsweise könnten ausländische Fahnder ihre Mitbürger, die sie einer Steuerflucht (in der EU ein Delikt) verdächtigen, auf Schweizer Boden verfolgen.

Juli 2006

Die USA nehmen **Einsicht in Daten des internationalen Zahlungsverkehrs**. Es geht dabei nicht nur um allfällige Verletzungen des Bankgeheimnisses, sondern um einen Eingriff in Freiheitsrechte der Bürger. Die Geschäftsprüfungskommission bittet den Bundesrat um eine Stellungnahme. Dieser sieht die Souveränität der Schweiz nicht verletzt. Eine Leisetreterei, die bereits nicht mehr überraschen kann.

9. Juli 2006

In der Diskussion über die Kohäsionsmilliarde lässt sich auch der Präsident der EU-Kommission, **José Manuel Barroso**, verlauten. Er **droht der Schweiz**. Ein Nein «würde sehr schlecht aufgenommen». Und: «Wir sprechen keine Drohungen aus ... wir sind aber permanent mit der Schweiz in Verhandlungen über ganz konkrete Dossiers, und dazu braucht es einen Geist der Offenheit und der Zusammenarbeit. Dieser Geist wäre schwieriger zu finden, wenn die Schweiz sich ablehnend entscheiden würde.» Nichts weniger als eine klare Drohung.

26. November 2006

Ja zur Ostmilliarde.

Herbst 2006

Kurz nachdem die Ostmilliarde in der Volksabstimmung gutgeheissen wurde, wird eine neue Drohkulisse aufgebaut: der **EU-Generaldirektor für Aussenbeziehungen droht der Schweiz mit der Auflösung des Freihandelsabkommens** von 1972 für den Fall, dass die attraktiven Steuerkonditionen einiger Kantone nicht umgehend abgeschafft werden.

Dezember 2006

Im Vernehmlassungsverfahren zu FRONTEX hält der Bundesrat fest, eine Nichtübernahme würde die Abkommen von Schengen/Dublin gefährden. Das bedeutet: Die Vernehmlassung hat Alibicharakter; Handlungsspielraum besteht kaum mehr.

Winter 2007

Der Bundesrat plant, das Cassis-de-Dijon-Prinzip einseitig einzuführen. Damit würde er eine Trumpfkarte für die weiteren Verhandlungen mit der EU verspielen.

Januar 2007

Der Botschafter der EU-Kommission in Bern, Reiterer, tritt an die Öffentlichkeit und meldet sich im Streit zu Wort. Seine Aufgabe sieht er indes in einem viel grösseren Rahmen: er gibt unumwunden zu, mittels öffentlicher Diplomatie **unsere Europadebatte mitgestalten** zu wollen. Andere Länder würden dies als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten scharf zurückweisen.

6. Februar 2007

EU-Aussenkommissarin **Ferrero-Waldner fordert** von der Schweiz zusätzliche **300 Millionen** Franken für die Osthilfe an Rumänien und Bulgarien. Einmal mehr zeigt sich: Erfüllte Forderungen führen zu neuen Forderungen.

13. Februar 2007

Der Steuerstreit beginnt zu eskalieren. Nach monatelangen Ankündigungen geht die EU zur zweiten Phase über: die Kommission wirft der Schweiz eine Verletzung des Freihandelsabkommens von 1972 vor und ersucht den Ministerrat um ein Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Schweiz. Immer wieder ist von **Sanktionen** gegen unser Land die Rede – Druck und Drohungen halten an.

Sommer 2007

Die EU hält sich während des Wahlkampfes zurück, da sie befürchtet, mit ihren Forderungen und Drohungen die EU-kritischen Kräfte zu stärken.

Winter 2008

Nach den Wahlen erhöht die EU den Druck auf die Schweiz massiv. EU-Botschafter Reiterer verlangt gebieterisch «Lösungen».

Fazit

Die Aufstellung illustriert Gering-schätzung unserer Eigenstaatlichkeit und ängstliches Anpassertum gegenüber dem Ausland. Die Signale, welche die Schweiz durch ihr stetes Kuschen, Kriechen und Zahlen unab-

lässig in die ganze Welt sendet, sind nur zu leicht zu dechiffrieren: Wir sind reich und schwach. Wenig überraschend, dass die voreilige Konzessionsbereitschaft und die servile Zahlungsbereitschaft neue, immer dreistere Forderungen provozieren. Und wer immer uns gegenübertritt

– seien es Staaten, supranationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Mediennetzwerke –, der weiss: Linke, heimatmüde Intellektuelle und heimatverachtende Medien werden sich als willige Verbündende, als fünfte Kolonne, bereitwillig anbieten. Die Pressionen

der EU sind folglich nichts anders als das Resultat unserer aussenpolitischen Willfährigkeit. Nur eine Politik, die sich an unseren eigenen Interessen orientiert, wird uns international wieder Respekt und Achtung einbringen.

VEREINSLEBEN

Judith Uebersax, Kantonalsekretärin SVP Schwyz

Bürokratenhandstreich gegen unsere Vereinskultur

Das Bundesamt für Sport (BASPO) hat erkannt, dass sich die Kinder generell zu wenig bewegen, und möchte dies ändern. Eigentlich eine hehre Tat – aber ...

Jugend und Sport (J&S) soll ausgedehnt werden auf die fünf- bis zehnjährigen Kinder. Geplant ist eine zusätzliche «freiwillige Bewegungsstunde» am Rande der Schulstundenpläne. Gemäss BASPO arbeiten viele Kantone an den flächendeckenden Tagesstrukturen (die, nebenbei erwähnt, unter HARMOS stark gefördert werden sollen) und in diesem Rahmen wird die «freiwillige Bewegungsstunde» eingebaut. Die J&S-Ämter bilden sogenannte Kids-Leiter aus, die dann eine Semesterentschädigung von Fr. 1200.– erhalten sollen («Sonntagszeitung» 6.1.08). Der Aufbau sieht wie folgt aus:

Zeitraum:	Übergang garantiert werden unbegrenzt 1. 08/09 nur Schulen 2. ab 1.1.09 Teilnahme auch für Vereine möglich
Zielgruppe:	Schulen wie bereits im Pilotprojekt Vereine mit von J&S anerkannten Kids-Leiterausbildungen
Finanzierung:	nötige Mittel jährlich 20 Millionen

Angriff auf die Vereine

Bisher bieten die Breitensportverbände eigenständige Kinderturn-Leiterausbildungen an, die mindestens bei uns (SVKT Frauensportverband) die gleichen Inhalte haben wie die künftige J&S-Ausbildung. Leider wird aber auf das Know-how der Breitensportverbände verzichtet.

Unsere Breitensportverbände bieten aber mehr als Sport, sie sind ein Teil unserer Kultur. Sie leisten sehr viel Soziales in den Gemeinden und pflegen unsere Traditionen. Die Zukunft der Breitensportverbände liegt im Nachwuchs. Ohne Nachwuchs ster-



ben die Vereine und damit stirbt ein wichtiges Kulturerbe. Bereits heute kämpfen die Breitensportverbände ums Überleben. Zum Teil liegt dies an der mangelnden Bereitschaft der Bevölkerung, sich für die Gesellschaft einzusetzen, zum Teil liegt es an den beschränkten Infrastrukturen (Turnhallen, Schwimmbäder etc.) Die Leiterinnen und Leiter der Breitensportverbände leisten ihre Arbeit für einen sehr kleinen Entgelt oder gar ehrenamtlich. Sie sind bereit, nach der Arbeit ihre Zeit für den Sport zur Verfügung zu stellen.

Der grossen und wertvollen Tradition unserer Breitensportverbände

wird mit dem neuen Projekt «J&S 5–10-Jährige» eine lebensnotwendige Grundlage entzogen. Dass die Kinder nach der «freiwilligen Bewegungsstunde» auch noch ins Kinderturnen der Vereine kommen, ist eine Illusion. Die Chefbeamten der Sportämter argumentieren, dass die bisher ehrenamtlich tätigen Vereinsleiter und Vereinsleiterinnen künftig in den Betreuungsstunden bezahlte (!) Lektionen anbieten können; dies sei doch eine Bereicherung! Aber nachmittags um 16 Uhr kann nur vorturnen, wer entweder Lehrer oder Hausfrau ist. Zudem erhalten die Schulen fast 2 Jahre «Vorlaufzeit», um die «freiwillige Bewegungsstunde» zu etablieren.

Und auf wessen Kosten wird das neue Projekt vom BASPO eingeführt? Auf Kosten der traditionellen Breitensportverbände, auf Kosten der Steuerzahler (20 Millionen Franken), auf Kosten der Ehrenamtlichkeit und Eigenverantwortung. Gerade Letzteres sind Werte, die in der heutigen Zeit ohnehin von allen Seiten untergraben werden. Dieses Projekt vom BASPO «J&S 5–10-Jährige» ist nichts weiter als «ein Wolf im Schafspelz»!

Pilotprojekt J & S**Fünf- bis Zehnjährige**

Finanzierung:	im Rahmen der EURO 08 (2 Millionen)
Zeitraum:	Schuljahr 07/08
Zielgruppe:	nur Schulen (die Vereine und Verbände wurden nicht involviert!)

Umwandlung in ein stetes Programm

Übergang:	Für die Schulen soll ein nahtloser
-----------	------------------------------------

Stefan Kölliker, Regierungsratskandidat der SVP Kanton St. Gallen

Die SVP des Kantons St. Gallen will in die Regierung

Am 16. März 2008 stehen im Kanton St. Gallen die Kantons- und Regierungsratswahlen an. Wie bereits anlässlich der Wahlen der Jahre 2000 und 2004 bietet die SVP des Kantons St. Gallen der Bevölkerung die Gelegenheit, mit einem SVP-Kandidaten die Politik der SVP in der St. Galler Regierung vertreten zu sehen.

Bei den bisherigen Versuchen konnte leider der Einzug in die Regierung nicht erreicht werden. Bei den Wahlen 2000 und 2004 waren keine Rücktritte zu verzeichnen, trotzdem konnten die SVP-Kandidaten sehr gute Ergebnisse erreichen und auch immer einen zweiten Wahlgang erzwingen. Im Wahljahr 2008 sieht die Ausgangslage etwas anders aus; von den sieben Regierungsvertretern treten die Herren Schönenberger und Stöcklin zurück, somit sind zwei Regierungsräte(-rätinnen) neu zu wählen.



der Vorstandssitzungen und der kantonalen Delegiertenversammlung fiel dann die Wahl auf meine Person. Für das Vertrauen in die Parteileitung und auch in die Delegierten möchte ich mich an dieser Stelle recht herzlich bedanken. Die SVP des Kantons St. Gallen hat sich für ein linientreues und langjähriges Mitglied der kantonalen Parteileitung und Mitglied des Zentralvorstandes der SVP Schweiz entschieden.

Wofür setze ich mich ein?

Als Treuhänder mit eigenem Treuhänderbüro, Geschäftsführer einer halböffentlichen Aktiengesellschaft und nach langjähriger Erfahrung als Lehrer im Nebenamt kenne ich die Bedürfnisse der Bürger, ich kenne die

Wünsche und Probleme der Unternehmen und des Gewerbes. Ich möchte mich generell für tiefere Steuern einsetzen; der Kanton St. Gallen hat im interkantonalen Steuerwettbewerb den Anschluss an die Nachbarkantone absolut verloren.

Die Staatsausgaben sind im Kanton St. Gallen in den letzten 10 Jahren um 50% gestiegen, so kann und darf es im Kanton St. Gallen nicht weitergehen. Auflagen, Schikanen des Staats müssen reduziert, die Eigenverantwortung muss gestärkt werden. Die Bürger sollen sich wieder sicher fühlen in unseren Städten und Dörfern. Das Bildungsniveau muss steigen, das Leistungsprinzip muss wieder eingeführt werden.

Es wird sich zeigen, ob die anderen Parteien den Bürger ernst nehmen, ob sie die Anliegen von 35% der Wähler wiederum nicht in die Regierung einbinden und somit eine konstruktivere Politik im Kanton St. Gallen weiterhin verhindern wollen.

Zur Verfügung stehen insgesamt 13 Kandidaten. Die Parteileitung der SVP des Kantons St. Gallen hat sich nach gründlichen Überlegungen entschieden, nur eine Person ins Ren-

nen zu schicken. Mit einer Einerkandidatur will die SVP des Kantons St. Gallen die volle Konzentration des gesamten Kantons auf diesen einzigen Kandidaten setzen. Anlässlich

Seit mehr als 30 Jahren sind wir für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Behörden, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung
- Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR
- Produkte- und Dienstleistungswerbung
- Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Wo nötig, schaffen wir auch die gewünschte Medienaufmerksamkeit...

Wir wollen Ihren Erfolg

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Patrick Freudiger, Stadtrat Langenthal und Mitglied Initiativkomitee gegen den Bau von Minaretten

Islamische Druckmanöver

Die Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten gibt nicht nur in der Schweiz zu reden. Auch das Ausland mischt sich ein. Die Organisation der islamischen Konferenz (OIC), die aus 57 Staaten bestehende Dachorganisation islamischer Staaten, verlangte kürzlich in einer diplomatischen Note Auskunft über die Minarettinitiative. OIC-Generalsekretär Ekmeleddin Ihsanoglu zeigte sich an einem Treffen mit Bundesrätin Calmy-Rey in Madrid beunruhigt über das Volksbegehren. Auch einzelne islamische Staaten forderten anlässlich der Botschafterkonferenz 2007 Informationen an über die Initiative.



Botschafter in Saudi-Arabien. Dieser wies darauf hin, dass sich mehrere Bundesräte sowie eine «bedeutende Anzahl» von Parteien, Verbänden und Rechtsexperten kritisch zur Initiative geäußert hatten. Zudem stellte er offenbar die Ungültigkeit der Initiative in Aussicht.

Ein solches Verhalten zeugt von Respektlosigkeit gegenüber der direkten Demokratie. Die Stimmbürger hierzulande haben das Recht, sich

aktiv mit Volksinitiativen am politischen Geschehen zu beteiligen. Sie müssen es sich insbesondere nicht gefallen lassen, von ihrer eigenen Aussenministerin als urteilsunfähig beschimpft zu werden. Ebenso wenig ist es Aufgabe eines Botschafters, die Gültigkeit von Volksbegehren zu beurteilen. Darüber entscheidet ausschliesslich das Parlament.

Grotesker Kniefall

Geradezu grotesk mutet dieser ausserpolitische Kniefall der offiziellen Schweiz an, wenn man sich die OIC etwas näher anschaut. Schon ein Blick auf die Mitgliedstaaten macht skeptisch: Gründungsmitglieder sind z. B. Saudi-Arabien, Pakistan und der Iran – alles Staaten mit vorzivilisatorischen Menschenrechtsstandards. 1990 haben die OIC-Mitglieder die «Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam» verabschiedet. In der Präambel betonen die OIC-Mitglieder «die kulturelle und historische Rolle der islamischen Umma, die von Gott als die beste Nation geschaffen wurde (...)». Weiter ist in Art. 22 lit. a zu lesen: «Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung, soweit er damit nicht die Grundsätze der Scharia verletzt.» Art. 24 macht klar: «Alle Rechte und Freiheiten, die in dieser Erklärung genannt wurden, unterstehen der islamischen Scharia.» Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte ist also in zentralen Punkten eine

islamgerechte Relativierung der Menschenrechte.

Die Einmischung der OIC in fremde innerstaatliche Angelegenheiten ist übrigens keine Seltenheit. Schon bei den in Dänemark publizierten Mohammed-Karikaturen protestierte die OIC. Ebenso kritisierte sie die Regensburger Rede von Papst Benedikt XVI. Dieser wagte es nämlich, in seiner Rede eine islamkritische Aussage des byzantinischen Kaisers Manuel II. Palaiologos zu erwähnen.

Die OIC fordert ständig Respekt vor dem Islam. Selbst aber ist sie nicht bereit, westliche Grundwerte wie Redefreiheit zu respektieren.

Appeasement-Diplomatie des EDA

Wer – wie die OIC – den Menschenrechten nur eine islamkonforme Rumpf-Existenz zugesteht, sollte sich mit dem moralisierenden Zeigefinger zurückhalten. Dies müssten sich auch Bundesrätin Calmy-Rey und Botschafter Darier vergegenwärtigen, bevor sie sich vor diesem Gremium zu rechtfertigen beginnen. Man darf sich kaum vorstellen, wie Calmy-Reys Reaktion ausgefallen wäre, wenn die Schweiz und nicht Dänemark Zielscheibe islamischer Proteste gewesen wäre. Passend zur Appeasement-Diplomatie des Departementes des Äusseren (EDA) wäre etwa folgende Antwort gewesen: Man dürfe in Zukunft auf die Urteilsfähigkeit der Schweizer Bevölkerung vertrauen, dass diese den Islam nicht mehr kritisieren werde.

Verfassungsmässig garantierte Volksrechte soll der Schweizer Stimmbürger frei und ohne politische Druck- und Behinderungsmanöver wahrnehmen können. Das haben Islam-Organisationen zu respektieren; und das EDA auch.

Entschuldigungsmanöver

Wie reagierte die offizielle Schweiz auf solche Druckmanöver? Calmy-Rey übte sich in beschwichtigenden Entschuldigungsmanövern und prophezeite ein Scheitern der Initiative: Man dürfe auf die Urteilskraft des Schweizervolkes vertrauen. Die diplomatische Note der OIC beantwortete Maurice Darier, der Schweizer

Werbung

ÜBERSETZEN, LEKTORIEREN, REDIGIEREN

AAREPTAN®

Bahnhofweg 17 - 5610 Wohlen - 056 622 33 44
translate@aareptan.ch - www.aareptan.ch

nanotechnik-schweiz

Kompetenz für Nanobeschichtungen

Nanotechnologie Produkte für Private, Wiederverkäufer, Gewerbetreibende und Industrie! Wir führen Nano Produkte für Fahrzeuge (PKW, LKW, Tram, Züge) auf Glas und Lack, für Haushalt Glas und Keramik, Böden, Holz und Stein, Metall, Felgen, Boot, Brillenschutz, Antibeschlag Glas oder Kunststoff, Kochfeld, Betonschutz, Graffitienschutz u.v.m.

Inhaber Marcel Wild • Im Obstgarten 11 • 8372 Wiezikon b. Sirmach
Tel. 071 966 56 73 • Fax 071 966 56 81 • Nat 079 472 90 59

Besuchen Sie unsere Homepage auf www.nanotechnik-schweiz.ch

Bestellen Sie einfach und bequem in unserem **Online-Shop**. **SVP-Mitglieder geben auf der Bestellseite unter Bemerkungen Klartext ein, und Sie erhalten 20% Rabatt.**

Prof. Dr. Albert A. Stahel, Universität Zürich

Das VBS, Handlanger der USA in der Terrorismusbekämpfung

Das Aussenministerium (Department of State) publiziert jedes Jahr einen Bericht über den Terrorismus und seine Bekämpfung aus der Sicht der USA. So wird in diesen Berichten der internationale Terrorismus definiert, terrorismusfördernde Staaten angeprangert und die aktiven Staaten in der Terrorismusbekämpfung gelobt. Im Folgenden sollen einzelne Abschnitte aus dem Bericht von 2006, dem Country Reports on Terrorism 2006¹, vorgestellt werden.

Der internationale Terrorismus aus der Sicht der USA

Obwohl die verschiedenen terroristischen Organisationen, die international wirken, eigentlich im Zentrum des Interesses der USA sein sollten, werden diese erst am Ende des Berichtes behandelt. Dabei wird zwischen zwei Kategorien unterschieden: den ernst zu nehmenden und den weniger wichtigen Organisationen. Das Interesse des Office of the Coordinator for Counterterrorism des US-Aussenministeriums ist auf die erste und weniger auf die zweite Kategorie gerichtet. Andere U.S. Government counterterrorism authorities haben sich mit der zweiten Kategorie auseinanderzusetzen. Auf den ersten Blick erscheint diese Unterscheidung merkwürdig. Erst eine eingehende Analyse der beiden Kategorien weist auf die Gründe für diese Unterscheidung hin.

Zur ersten Kategorie gehören Organisationen wie die

Abu Nidal Organization, Abu Sayyaf Group, Al-Aqsa Martyrs Brigade, Ansar al-Suuna, Al-Qaida, Al-Qaida in Iraq;

der zweiten Kategorie werden u.a. zugewiesen



Al-Badhr Mujahedin, Il-Ittihad al-Islami, Communist Party of India (Maoist), Irish Republican Army.

Für jeden Fachmann ist offensichtlich, dass die Organisationen der zweiten Kategorie genau gleich brutal und tödlich agieren wie jene der ersten Kategorie. Ein Beispiel hierfür ist ja die IRA. Erst die Beschreibung der einzelnen Gruppen lässt den Grund für diese Unterscheidung erkennen. In der Vergangenheit haben die Organisationen der ersten Kategorie Anschläge auf US-Bürger oder/und auf US-Einrichtungen verübt. Viele dieser Anschläge führten auch zur Tötung von US-Bürgerinnen und -Bürgern. Anschläge dieser Art haben die Autoren des Berichtes offenbar den Organisationen der zweiten Kategorie nicht nachweisen können. Dies bedeutet, dass das Unterscheidungsmerkmal zwischen den beiden Kategorien in den Zielen der Anschläge zu suchen ist. Jene terroristischen

Organisationen, die US-BürgerInnen töten, werden als international und wichtig deklariert, jene, die dies nicht tun, werden offenbar nicht als international klassifiziert und sind für die Terrorismusbekämpfung der USA deshalb weniger relevant, auch wenn deren Anschläge sehr letal sind.

Die Rückzugsgebiete des internationalen Terrorismus

Ein weiteres Kapitel des Berichtes ist den Rückzugsgebieten des Terrorismus, die als Safe Havens bezeichnet werden, gewidmet. Die Auflistung dieser Safe Havens ist sehr aufschlussreich, lässt sie doch die Bedeutung und die Gefahr, die vom internationalen Terrorismus ausgeht, aus der Sicht der USA einschätzen. Die Einteilung erfolgt entsprechend den Kontinenten:

Afrika: Somalia; Trans-Sahara (Algerien, Mali, Mauretanien)

Ostasien und Pazifik: Sulu-Inseln, der Südteil der Philippinen, Indonesien

Mittlerer Osten: Irak, Libanon

Südwestasien: die Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan, Pakistan, Afghanistan

Westliche Hemisphäre: das Grenzgebiet von Kolumbien, Grenzgebiet von Argentinien, Brasilien, Paraguay

Teil dieses Kapitels ist auch die Beschreibung der Strategie und Taktik,

die die USA für die Eliminierung dieser Safe Havens einsetzen. Dazu gehören sowohl wirtschaftliche Hilfe als auch die Förderung des Erziehungswesens in diesen Gebieten.

Staaten, die den Terrorismus fördern

Dieses Kapitel, obwohl sehr wichtig, da es über die Hintermänner Aufschluss geben sollte, ist sehr knapp gehalten. Diese Staaten, die teilweise über Massenvernichtungswaffen verfügen sollen, unterstützen die Terroristen mit Waffen und Geld. Zu diesen Staaten gehören laut den USA:

Kuba, der Iran, Nordkorea, der Sudan, Syrien.

Interessanterweise decken diese fünf Staaten auch wichtige Zentren der amerikanischen Geopolitik ab. Kuba liegt inmitten der geostrategischen Drehscheibe Karibik, der Iran und Syrien gefährden offenbar die Interessen der USA im erdölreichen Gebiet des Persischen Golfs, Nordkorea ist offenbar eine Bedrohung für Südkorea und Japan, die wichtige Alliierte und Technologie-lieferanten der USA sind, und der Sudan liefert dem grossen Konkurrenten der USA, der Volksrepublik China, Erdöl.

Offenbar sind die geopolitischen Interessen und die Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus für die Führung der USA deckungsgleich.

Die Strategie der USA bei der Terrorismusbekämpfung

Interessanterweise beinhaltet der Bericht nur wenige Informationen

¹ Country Reports on Terrorism 2006, Office of the Coordinator for Counterterrorism, U.S. Department of State, 2006

über die militärische Terrorismusbekämpfung der USA im Irak und in Afghanistan, die auch die rücksichtslose Bombardierung von Dörfern aus grosser Höhe beinhaltet. Dagegen wird im Bericht sehr ausführlich die bereits erwähnte Wirtschaftshilfe an terrorismusgefährdete Staaten beschrieben. Ein weiteres Mittel ist der Einsatz amerikanischer Medien in der islamischen Welt. Herz und Seele der Muslime sollen für die amerikanische Sache gewonnen werden. Deshalb sind bestehende, aber auch neue Anstalten mit der Aufgabe von Sendungen beauftragt worden. Middle East Broadcasting Network und Radio Free Europe/Radio Liberty haben die Muslime im Iran, Irak, in Afghanistan, Pakistan, Zentralasien, im gesamten Kaukasus und sogar in Europa zu bearbeiten.

Seit dem 14. Februar 2004 gibt es auch eine besondere Fernsehanstalt für den arabischen Raum, die Alhurra Television. Die Fernsehsendungen dieser Anstalt decken den gesamten arabischen Raum, inklusive Ägypten,

ab. Mit Schwergewicht ist Alhurra auf die Beeinflussung der irakischen Bevölkerung gerichtet. Gefördert wird Alhurra insbesondere durch das Weisse Haus, den Kongress, das Ausussenministerium und das Pentagon.

Zur Zeit des Kalten Krieges wurde die psychologische Kriegführung der UdSSR in Europa immer wieder angeprangert. Offenbar wird die psychologische Kriegführung der USA als gut beurteilt, wird sie doch in den westlichen Medien nicht angeprangert. Unbeachtet bleibt auch, dass die psychologische Kriegführung zweischneidig ist, dass die Opfer sehr schnell die Manipulation erkennen und sich ihre Wut erst recht gegen die Hintermänner der psychologischen Kriegführung wendet.

Die besonders guten Staaten

Als Antipode zu jenen 5 Staaten, die den Terrorismus fördern, gehören alle jene Staaten, die die USA bei ihrer Terrorismusbekämpfung unter-

stützen. Im Prinzip ist dies die gesamte Welt. Die besonders guten Staaten sind aber jene Staaten, die alles tun und alle Konventionen und Gesetze unterzeichnet und ratifiziert haben, die die USA in ihrem Kampf helfen. Auch hier erfolgt die Auflistung dieser Staaten nach Kontinenten. Ein Blick auf die besonders guten Staaten ist sehr aufschlussreich:

Afrika: Liberia mit Präsident Ellen Johnson Sirleaf

Ostasien und Pazifik: Australien mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten John Howard

Europa: die türkische Republik mit dem neu gewählten Präsidenten Abdullah Gul (früher Aussenminister)

Mittlerer Osten und Nordafrika: Saudi-Arabien mit Prinz Saud Al-Faisal (als Aussenminister)

Süd- und Zentralasien: Afghanistan mit dem Präsidenten Hamid Karzai

Westliche Hemisphäre: Kanada mit dem Ministerpräsidenten Stephen Harper

Diese Auflistung ist eigentlich selbsterklärend. Es handelt sich bei den besonders guten Staaten um alle jene Vasallen, die pflichtgetreu alles tun, um dem Willen der USA zu genügen. Dass es sich bei einzelnen dieser Staaten um üble Diktaturen handelt, die wie Saudi-Arabien notorisch Menschenrechtsverletzungen begehen, spielt in der Terrorismusbekämpfung offenbar keine Rolle.

Das VBS im Schlepptau der Terrorismusbekämpfung

Welche Rolle nimmt nun die Schweiz in der Terrorismusbekämpfung der USA ein? Unser Land gehört zu den aktiven Staaten, haben wir doch beinahe alle internationalen Protokolle und Konventionen über die Terroris-

musbekämpfung unterzeichnet, wie aus einer Tabelle im Bericht ersichtlich ist.² Dazu ist zu bemerken, dass dies auch andere Staaten getan haben. Aufschlussreich ist aber der Abschnitt des Berichtes über Switzerland. In diesem Abschnitt wird sehr ausführlich beschrieben, was die Schweiz in Zusammenarbeit mit den USA alles tut, um den amerikanischen Forderungen bei der Terrorismusbekämpfung zu genügen. Interessant ist der folgende Absatz:

“In September (2006), Switzerland and the United States co-sponsored the successful ‘Black Ice’ bioterrorism coordination exercise in Montreux, hosting senior officials from numerous multilateral organizations. The Swiss also sponsored several conferences on civil infrastructure protection and terrorism finance under the auspices of NATO’s Partnership for Peace.”

Mit diesem Absatz wird nicht nur die Zusammenarbeit des VBS mit den USA angesprochen, sondern auch auf den Modus der Finanzierung der Übung in Montreux hingewiesen. Diese Übung wurde offenbar durch die USA und die Schweiz gemeinsam finanziert. Ein merkwürdiges Verhalten für einen neutralen Staat. Offenbar legt das VBS keinen besonderen Wert auf die Aufrechterhaltung der Neutralität. Aber auch die Zusammenarbeit mit der NATO in der Terrorismusbekämpfung ist ausserpolitisch als fragwürdig zu bezeichnen. Die Unterzeichnung des Abkommens der Partnership for Peace war für eine solche Ausweitung der Zusammenarbeit nicht gedacht.

Diese Art der Zusammenarbeit entspricht weitgehend dem bereits eingeschlagenen Weg der neuen Armeeform 08/11, die zur Bildung einer Hilfspolizei im Dienste der Terrorismusbekämpfung der USA führen wird. Wahrlich, das VBS ist ein treuer Diener und Handlanger der USA in der Verfolgung deren Ziele. Dass aber die Terrorismusbekämpfung nur ein Deckmantel für die amerikanische Geopolitik ist, wird offenbar unbeachtet oder bewusst übersehen.

² Country Reports on Terrorism 2006, International Conventions and Protocols in Terrorism

Werbung

Zu verkaufen aus Altersgründen einmaliger und neuwertiger

Jaguar/Daimler V8

4 Liter, Jahrgang Okt. 2000, langer Radstand. Top-Ausrüstung, Diplomatenfahrzeug, 100% unfallfrei, Winter nie gefahren. Neupreis Fr. 148 000.–, jetzt Fr. 35 000.–. Kilometerstand 110 000 nur von Chauffeur gefahren, erstklassig gewartet und gepflegt. Carrosserie schwarz, innen Ivory-Leder, Kopfstütze mit «D» gestickt. Vollautomatische Klimaanlage, Holzlenkrad, Nussbaumverkleidung, eingebaute Telefonanlage etc. Leasing oder bar.

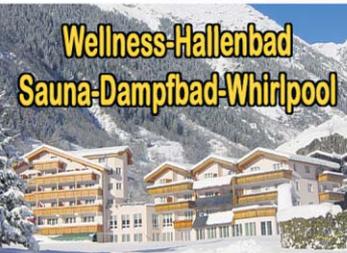
Tel. 041 250 36 89 oder 081 681 25 15



SVP-HIT

GUTSGHEIN

***Hotel-Restaurant
Alpenblick
Fieschertal



**Wellness-Hallenbad
Sauna-Dampfbad-Whirlpool**

Egal wieviel Nächte!

SVP Spezialpreis

- Übernachtung im Doppelzimmer
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

FR. 50.-

pro Person/Nacht

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@rhone.ch

Gute Verdienstmöglichkeit

Sie sind seriös, selbstständig, positiv und lieben Kontakt mit Leuten.
www.freizeit-einkommen.ch

Nationalrat Hansjörg Walter, TG, Präsident Schweizerischer Bauernverband

Unternehmenssteuerreform nützt auch der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft befindet sich in einer Phase des Wandels und speziell des Strukturwandels. Dieser hat mit dem Beginn der Reformen in der Agrarpolitik begonnen und wird auch in den nächsten Jahren weitergehen. Aufgrund der bisherigen steuerlichen Bestimmungen wurde der Strukturwandel aber oft unnötig verzögert oder blockiert. Fast alle Landwirtschaftsbetriebe werden als Personenunternehmen geführt. Ein zentrales Anliegen der Unternehmenssteuerreform II ist es, diese steuerlich zu entlasten. Was sind nun die konkreten Vorteile dieser Steuerreform für die Landwirtschaft? Ich möchte dazu einige Beispiele aufführen.

Die KMU-Steuerreform erleichtert die Ersatzbeschaffung. Ein Bauer hat einen gemischten Landwirtschaftsbetrieb mit Ackerbau und Milchviehhaltung. Er möchte nun zum Beispiel die Milchviehhaltung aufgeben und in den Agrotourismus einsteigen. Den Erlös aus dem Verkauf der Milchviehhaltung kann er nach der Unternehmenssteuerreform steuerfrei in den Aufbau des neuen Betriebszweigs Agrotourismus investieren.

Hofnachfolge erleichtern

Die KMU-Steuerreform entlastet die Bauernfamilien bei der Hofnachfolge. Bei der Betriebsübergabe an den Sohn müssen dank der Unternehmenssteuerreform die dabei anfallenden Liquidationsgewinne nur reduziert besteuert werden. Dasselbe gilt, wenn der Betrieb an eine Person ausserhalb der Familie verkauft wird. Ein Stolperstein, der die Übergabe oder den Verkauf bisher hinausögerte, fällt weg.

Der Stolperstein ist noch grösser, wenn der Betrieb verpachtet wird, der Landwirt aber in seinem Haus wohnen bleibt. Dies führt in vielen Kantonen zu einer Überführung des Geschäftsvermögens ins Privatvermögen. Dies löste die Besteuerung aller kumulierten Abschreibungen aus, obwohl dem Landwirt kein Franken Geld zugeflossen ist. Dank der Unternehmenssteuerreform wird der Betrieb neu in allen Kantonen im



Geschäftsvermögen bleiben. Damit wird die steuerliche Abrechnung aufgeschoben, bis der Betrieb verkauft oder übergeben wird.

Gerechtigkeit herstellen

Ein weiterer Aspekt im Zusammenhang mit der Milderung der Liquidationsbesteuerung ist die private Vorsorge. Selbstständigerwerbende haben anstelle einer eigenen privaten Altersvorsorge ihre Geldmittel oft im Betrieb investiert. Heute werden die resultierenden Gewinne bei einer Betriebsaufgabe voll als Einkommen besteuert. Die Altersvorsorge wird dadurch markant geschmälert. Die Unternehmenssteuerreform II korrigiert dies. Die Liquidationsgewinne werden neu getrennt vom übrigen Einkommen besteuert. Dabei ist ausdrücklich vorgesehen, dass die Einkaufs-

beiträge in Einrichtungen der beruflichen Vorsorge für die Steuerberechnung vom Liquidationsgewinn abziehbar sind. Dank dieser Massnahme werden die Rahmenbedingungen für die private Altersvorsorge deutlich verbessert.

Mehr Spielraum für die Landwirtschaft

Mit der Unternehmenssteuerreform werden Hürden für die Strukturbereinigung sowie für die Anpassung der landwirtschaftlichen Betriebe an die Marktverhältnisse abgebaut. Eine Bauernfamilie kann ihren Betrieb innovativ verändern, übergeben, verkaufen oder verpachten, ohne dass

sie dafür wie bisher übermässig zur Kasse gebeten wird. Damit bekommt die Landwirtschaft mehr Handlungsspielraum. Es werden endlich Punkte im Steuersystem korrigiert, die wir seit Jahren fordern.

Die KMU-Steuerreform enthält wichtige Rahmenbedingung für die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wirtschaft. Eine gute wirtschaftliche Lage wirkt sich indirekt auch wieder positiv auf die Landwirtschaft aus. Der Schweizerische Bauernverband sagt aus all den genannten Gründen Ja zur anstehenden Reform der Unternehmenssteuern. Damit würden jahrelange Forderungen endlich erfüllt.

Werbung

21. SVP-Aktuell-Reise
Aargau
1. - 6. Mai 2008



Mit Schiff & Car durch Nordholland

- > Einzigartige Kanalkreuzfahrt mit der MS Poseidon
- > Besichtigung "Städtebau" oder "Landwirtschaft"
- > Fahrt übers "Wattenmeer" und zur Nordseeinsel "Texel"
- > Blumenpark Keukenhof und Amsterdam

Kosten: p/P in Doppelkabine, ab CHF 1'430.-
Leistung: Schiffspassage VP, Carreise, Ausflüge, Eintritte, 1 Mie
Durchführung: Indermühle Carreisen, 5332 Rekingen
Telefon: 056 298 11 10 oder buchung@carmaeleon.ch



Divisionär Markus Gygax, Chef Einsatz der Luftwaffe

Für eine glaubwürdige Luftwaffe

Herr Divisionär, Sie sind selber Pilot, sind Chef Einsatz unserer Luftwaffe und leiten damit alle Operationen der Armee in der Luft. Wie lassen sich – kurz zusammengefasst – die Aufgaben unserer Luftwaffe umschreiben?

Mit den Bildern der Jahreskarte EINSATZ 2008: Wir helfen und retten mit den Helikoptern. Wir transportieren und versorgen mit den Flugzeugen des Lufttransportdienstes des Bundes (LTDB). Wir trainieren mit unseren F/A-18, aus Rücksicht auf die Umwelt in der Schweiz, den Nachtflug im hohen Norden Europas. Wir schiessen präzise mit unseren Fliegerabwehrwaffen, auch aus Umweltgründen, auf Drohnen vor der Insel Kreta. Wir bilden junge Pilotinnen und Piloten auf modernsten Turbopropflugzeugen, den PC21, aus. Und wir zeigen unser Können mit der Patrouille Suisse einem interessierten Publikum.

Wie wichtig die Luftwaffe in der modernen Kriegsführung ist, haben uns die jüngsten Konflikte vom Balkan bis nach Afghanistan vor Augen geführt. Welche Lehren müssen daraus für die Schweiz gezogen werden?

Über Jahrtausende war Fliegen der Traum der Menschheit. Seit 100 Jahren erfüllen wir uns den Traum. Nicht nur den Traum von der friedlichen Nutzung der dritten Dimension, sondern von der Ausnutzung, Waffen von oben einzusetzen, Bilder aus der Luft zu schiessen, Hindernisse einfach zu überfliegen, innert Stunden an irgendeinem Punkt dieser Erde zu sein. Kein souveräner Staat kann sich diesem Fortschritt verschliessen. Speziell die Schweiz als kleines, stabiles und sehr wohlhabendes Land im Herzen Europas, dem man sehr viel Geld zu verwalten anvertraut, in das man auch aus Sicherheitsgründen gerne reist, kann ihre Unabhängigkeit und Neutralität nur durch eine adäquate, modern aus-



gerüstete Milizarmee sicherstellen. Zu jeder glaubhaften und wirksamen Armee gehört eine ebenso moderne Luftwaffe mit Kampfflugzeugen, Fliegerabwehr, Überwachungssensoren und Transport- und Rettungshelikoptern. Für die Wahrung der Lufthoheit, was im Frieden überwachen und Luftpolizei-Einsätze bedeutet und im Krieg Luftverteidigung, sind viele Mittel (Flugzeuge) notwendig, denn ein kleines Land hat eine kleine Vorwarnzeit und muss demzufolge in der Luft präsent sein: kleiner Raum – kurze Vorwarnzeit – viele Mittel. Moderne Mittel sind ausbildungsintensiv – vom ersten Tag Rekrutenschule bis zum operationellen F/A-18-Piloten oder Super-Puma-Piloten vergehen gegen 8 Jahre (!) –, der Zeitfaktor ist hier entscheidend. Moderne Luftkriegsmittel sind teuer, aber vor allem sehr aufwändig in der Beschaffung und Einführung: die F/A-18 evaluierten wir 1986, erhielten das erste Flugzeug 1997 und waren 7 Jahre später mit allen drei Staffeln operationell! Auch hier ist der Zeitfaktor entscheidend. In der Krise kurzfristig kaufen und einsetzen zu wollen, ist hoffnungslos. Lehre: am Ball bleiben (Zeit), gleichziehen mit den Nachbarländern (Qualität), Mittel der Grösse des Luftraumes angepasst (Quantität).

Nachdem der mittlerweile abgelöste Chef der Armee die Einsatz-

bereitschaft unserer Armee in Zweifel gezogen hat, ist deren Ausbildungsstand immer wieder ein Thema. Wie steht es diesbezüglich um die Luftwaffe?

Die modernen, anspruchsvollen Mittel, die lange Ausbildung, der hohe Sicherheitsstandard, die Tatsache, dass jeder Flug ein Einsatz ist, wir mit unseren Helikoptern und Flugzeugen retten, transportieren, helfen, überwachen, intervenieren, und das seit Jahren erfolgreich ohne nennenswerte Verluste (letzter Jet-Absturz 1998), zeigt den guten Ausbildungsstand der fliegenden wie der unterstützenden Besatzungen.

Was bedeutet Einsatzbereitschaft in Friedenszeiten bzw. was ist notwendig, um diese aufrechtzuerhalten?

Wir sprechen nicht von Friedenszeiten, sondern von der normalen Lage (Begründung: Das Wort Friedenszeiten stammt aus den Anfängen des letzten Jahrhunderts, wo sich Kriegsphasen mit – vermeintlich – friedlichen Zeiten regelmässig ablösen. Auf Grund der veränderten, diffuseren Bedrohungslage mit kurzen Vorwarnzeiten wäre es falsch, von Friedenszeiten zu sprechen und damit zu suggerieren, dass die Verteidigungsfähigkeit heruntergefahren werden kann). Für die Luftwaffe ist aber der Unterschied zwischen normaler Lage, besonderer Lage, Krise oder Krieg gar nicht so gross:

1. Unsere Lufttransporte finden in allen Lagen statt (Lufttransportdienst des Bundes, Lastentransporte mit Helikoptern, Truppentransporte). Ebenso werden unsere Drohnen regelmässig zur Luftaufklärung eingesetzt. Das Produkt der Luftverteidigung ist der Luftpolizeidienst – im Jahr 2007 fanden rund 300 Einsätze in diesem Rahmen statt.
2. Auf Grund der langen Ausbildungszeit (siehe oben) müssen wir auch in den Disziplinen der

besonderen Lage und der Krise einen hohen Trainingsstand aufweisen. Da in der Aviatik der Leistsatz gilt «train as you fight!», verhalten sich unsere Piloten im Training sehr ähnlich wie im Einsatz. Nur wenn die Manipulationen drillmässig sitzen und die Luftkampfaktiken täglich validiert werden, haben wir Gewähr, in kurzer Zeit auch für einen Luftverteidigungsfall bereit zu sein.

Aus Sicht der Luftwaffe besteht aber in folgenden Bereichen Handlungsbedarf:

Zum einen streben wir an, unsren Luftraum nicht nur rund um die Uhr mit elektronischen Mitteln zu überwachen, sondern auch mit Interventionsmitteln bereitzustehen.

Zum anderen sollten dringend wieder die Fähigkeiten zum operativen Feuer aus der Luft (Erdkampf) und zur operativen Luftaufklärung aufgebaut werden.

Unsere Luftwaffe wahrt die Lufthoheit der Schweiz. In diesem Zusammenhang wird der Begriff Luftpolizeidienst verwendet. Was ist darunter zu verstehen?

Helfen bei Navigations- und Funkproblemen von Zivillflugzeugen. Feststellen von Luftraumverletzungen, z.B. unbewilligte Einflüge in kontrollierte Zonen, unbegründetes Abweichen vom Flugplan. Überprüfen von Diplomatic Clearances, das sind Staatsluftfahrzeuge wie militärische Transportflugzeuge, zivile Transportflugzeuge von Staatsorganisationen (u.a. unsere Bundesratsflugzeuge), Tanker, Kampfflugzeuge, Aufklärungsflugzeuge etc. Durchsetzen von Benützungseinschränkungen des Luftraumes, z.B. differenzierte Überflugsbewilligungen von Kriegsparteien, grosse Konferenzen wie G8, WEF, grosse Sportanlässe wie Euro08 ..., denn die zivilen Radarsysteme sehen nur die «kooperativen» Ziele, also die Flugzeuge, die sich positiv mittels Trans-

ponder zu erkennen geben; nicht so die militärischen Radarsysteme, die sehen vor allem die «nicht kooperativen» Ziele.

Was würde es für die Luftwaffe bedeuten, wenn die Initiative gegen den Kampffjetlärm angenommen würde?

Wir könnten nicht mehr über der Schweiz trainieren, verlören den Bezug zu unserem Terrain und damit den matchentscheidenden Heimvorteil, würden die Lufthoheit nicht mehr wahren und damit die Souveränität in unserem Luftraum verlieren. Grossveranstaltungen könnten nicht mehr stattfinden, da ein Schutz des Luftraumes heute eine völkerrechtliche Voraussetzung ist.

Die Initianten betonen in den Abstimmungserläuterungen des Bundes (Abstimmungsbüchlein), das Volksbegehren richte sich nicht gegen die Armee, sondern gegen deren Auswüchse. Damit

wird der Armee unterstellt, sie unternehme Trainingsflüge über das Notwendige hinaus. Wie ist diese Behauptung zu werten?

Jetpiloten unserer Nachbarländer trainieren in ihren Kampfflugzeugen zwischen 180 und 250 Flugstunden. Unsere Jetpiloten zwischen 100 und 140 Flugstunden. Die kürzere Stundenzahl kann ich verantworten, weil die Flugstrecken in unseren Trainingsräumen kürzer sind. Die Zahlen zeigen aber, dass wir am untersten Trainingslimit sind.

Die Initianten glauben aus ihrer Sicht eine Lösung aufzeigen zu können: Erholungsgebiete bei Trainingsflügen meiden, deren Anzahl reduzieren, vermehrt Ausbildung an Simulatoren durchführen. Was ist davon zu halten?

Die Simulatoren werden maximal genutzt. Der eine F/A-18-Simulator wird durch vier ersetzt. Niemand lernt Autofahren im Simulator und auch der Schleuderkurs findet im Massstab 1:1 statt.

Ein Blick in die Zukunft: Der Bundesrat wird im Jahre 2010 dem Parlament die Beschaffung von Ersatzflugzeugen für die veralteten Kampffjets F-5 TIGER beantragen. Warum reichen die 33 F/A-18-Kampfflugzeuge für den Luftpolizeidienst und die Luftverteidigung nicht aus?

Um in der Luft über 24 Stunden, und das in der Krise oder im Krieg, über Wochen durchzustehen, benötigen wir eine minimale Anzahl Flugzeuge – 33 F/A-18 genügen für ein WEF, G8 oder eine Euro08 von beschränkter und klar vorgegebener Dauer. Vergleichbare Staaten in Europa zeigen folgendes Bild mit Kampfflugzeugen der Klasse F/A-18: Schweden 137 Gripen, Norwegen 57 F-16, Finnland 63 F/A-18 (!), Belgien 71 F-16, Holland 108 F-16, Dänemark 48 F-16 etc. Und diverse Staaten sind sogar in einem Bündnis! Angestrebt wird eine Zahl von 60–70 Kampfflugzeugen.

Begründung: Ein kleines, von Staaten umringtes Land hat der kurzen Distanzen wegen nur kurze Reakti-

onszeiten, um in der Luft intervenieren zu können. Demzufolge müssen die Flugzeuge in der Luft präsent sein, 24 Stunden, 7 Tage die Woche, und niemand kennt das Ende der Krise. Eine Patrouille (2 Flugzeuge bilden eine Einheit) genügt nicht. Von Fall zu Fall braucht es 4, 6, 8 oder mehr Flugzeuge gleichzeitig. Werden diese abgelöst, ist die doppelte Zahl in der Luft und gleichzeitig muss am Boden die gleiche Zahl in Alarmbereitschaft nachgeschoben werden. Unumgänglich ist eine gleiche Zahl als Reseueflugzeuge. Flugzeuge, die fliegen, erleiden Defekte, müssen in Reparatur, in Überholung und Revision. Ca. ein Drittel einer Flugzeugflotte ist in Reparatur oder Revision, das ist ein internationaler Erfahrungswert. Die Revisionsstandplätze sind beschränkt und können nicht beliebig und schon gar nicht kurzfristig hochgefahren werden, dazu fehlen auch die nötigen Spezialisten. Von 60 Flugzeugen sind 40 im Einsatz. Diese Zahl sinkt im Krieg, wenn nebst der Abnutzung auch Abschüsse in Kauf genommen werden müssen.

Susanne Huber, Gemeindepräsidentin Meiringen

Eine Stimme aus einer Tourismusregion: Nein zur Initiative Weber und zur Abschaffung der Luftwaffe

Die Initiative gegen Fluglärm in Tourismusgebieten verlangt ein totales Flugverbot für Kampffjets über touristisch genutzten Erholungsgebieten in Friedenszeiten. Unsere Region und weite Teile der Gebiete unter dem militärisch genutzten Luftraum werden ganzjährig touristisch genutzt – somit würde eine Annahme der Initiative eine Abschaffung der Luftwaffe bedeuten. Unser Land hat mit einer kleinen Fläche und einer gebirgigen Landschaft spezielle Herausforderungen für die Ausbildung der Piloten – die Übungsflüge können nicht alle ins Ausland verlegt werden. Und ohne Übungsflüge wäre die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe nicht mehr gewährleistet.

Es ist eine Tatsache: Die Militärjets, welche auf dem Militärflugplatz Meiringen starten und landen, machen



Lärm. Besonders seit ein grosser Teil der Bewegungen mit dem Jet vom Typ F/A-18 geflogen werden, hat die Belastung enorm zugenommen. Besonders die Bevölkerung in Unterbach und Teilen von Brienzwilser ist stark betroffen.

Es ist ebenfalls eine Tatsache: Durch den Betrieb des Militärflugplatzes in Meiringen wird Wertschöpfung generiert. Die rund 200 Arbeits- und die 24 Ausbildungsplätze sind für die Wirtschaft unserer Region von sehr grosser Bedeutung. Rund 25 Millionen fliessen jährlich in unsere Region.

Ich habe Verständnis für den Unmut der Bevölkerung, welche im direkten Umfeld des Flugplatzes leben muss. Es ist jedoch ein Spiel mit dem Feuer, mit einem Ja zu dieser Initiative ein Zeichen setzen zu wollen. Um die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze durch den Tourismus zu ersetzen, müsste ein Vielfaches an neuen touristischen Arbeitsplätzen geschaffen werden. Wir müssen weiterhin auf dem Verhandlungsweg mit den Vertretern des VBS, der Luft-

waffe und den lokalen Flugplatzleitungen weitere Massnahmen definieren, welche den Flugbetrieb in der Region erträglicher machen und ein vernünftiges Nebeneinander von Bevölkerung, Tourismus und Flugplatz ermöglichen. Schritte in diese Richtung wurden bereits getan – zum Beispiel enden Nachflüge neu um 21 Uhr anstelle von 22 Uhr und die Pistensanierung (flugfreie Zeit) wurde ab 2008 in die touristische Hochsaison verlegt. Es gilt nun in weiteren harten Verhandlungen weitere Verbesserungen herbeizuführen. Ich bin überzeugt, dass wir nur auf diesem Weg Erfolg haben werden. Aus diesem Grund werde ich am 24. Februar 2008 überzeugt NEIN zur vorliegenden Initiative stimmen. Tun Sie dies auch – für unsere Sicherheit und für den Erhalt der Arbeitsplätze in unserer Region.

